

# Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

in dieser Sitzungswoche hatte ich ein sehr interessantes **Gespräch mit Journalisten aus ganz Europa**. Man sei in den anderen europäischen Staaten sehr verunsichert, wieso Deutschland in der aktuellen Krisensituation nicht die Führungsposition einnimmt, berichteten sie. Deutschland, so ihre Erwartung, müsse als größte Volkswirtschaft das Heft in die Hand nehmen. Stattdessen agiere die deutsche Bundesregierung widersprüchlich, wolle mal den Euro stabilisieren, dann wieder nicht.

Dieses **Hin und Her der schwarz-gelben Bundesregierung** ist gefährlich für Europa, vor allem für Deutschland. Diese Woche hat die Regierung wieder unter Beweis gestellt, dass sie unfähig ist, unser Land verantwortungsvoll zu regieren: Merkel erklärte am Sonntag beim DGB-Kongress zunächst, dass sie keine Finanztransaktionssteuer wolle. Dann sagte Merkel Mitte der Woche, sie setze sich nun doch für eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte ein. Im Gesetzentwurf der Regierung zum Schutzschirm für Europa, der heute im Bundestag abgestimmt wurde, war davon keine Rede mehr! Konsequenterweise gab es keine Zustimmung von uns Sozialdemokraten.



**Berlin-Brief, Ausgabe 75  
21. Mai 2010**

*Meine Termine*

**100 Jahre Freiwillige Feuerwehr  
Schwaigern-Massenbach**

22.05.2010, 19.30 h, Schw.-Massenbach

**Kuckuckszug**

25.05.2010, 13.30 h, Eppingen-Mühlbach

**Einbürgerungsfeier**

26.05.2010, 18 h, Rathaus Heilbronn

*Josip Juratovic MdB*

**Abgeordnetenbüro**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030-227-70107

[josip.juratovic@bundestag.de](mailto:josip.juratovic@bundestag.de)

**Bürgerbüro**

Untere Neckarstr. 50

74072 Heilbronn

Tel. 07131-783616

[josip.juratovic@wk.bundestag.de](mailto:josip.juratovic@wk.bundestag.de)

**Im Internet:**

[www.juratovic.de](http://www.juratovic.de)

*Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!*



Deutschlands Position wird in Europa von niemandem mehr verstanden. Das bestätigte uns auch der **österreichische SPÖ-Bundeskanzler Werner Faymann**, als er am Dienstag in unserer Fraktionssitzung zu Gast war. Er wirbt in der EU darum, dass der Schutzschirm für den Euro mit Maßnahmen der Finanzmarktregulierung, dem Verbot von besonders spekulativen Produkten und der Einführung einer Finanztransaktionssteuer verbunden wird. Gemeinsam mit den Sozialdemokraten aus anderen EU-Staaten müssen wir jetzt zeigen, dass wir es sind, die die Verursacher der Krise zur Kasse bitten wollen. Wir wollen anders als die Konservativen und Neoliberalen verhindern, dass die Bürgerinnen und Bürger allein die Zeche zahlen.

Deswegen habe ich heute für die SPD-Fraktion auch einen Antrag in den Bundestag eingebracht, um **Altersarmut** bei denjenigen zu bekämpfen, die im Niedriglohnbereich arbeiten oder langzeitarbeitslos sind. Würden wir nichts ändern, hätten wir in den kommenden Jahren eine rasch steigende Anzahl von Menschen, die auch im Alter auf Transferleistungen des Staates angewiesen sind. Das wäre unwürdig, denn wir sprechen hier von den vielen Menschen, die für Hungerlöhne hart arbeiten oder trotz größter Anstrengungen und Weiterbildungen über Jahre hinweg keinen Job bekommen.

Bisher war es häufig so, dass Arbeitnehmer von der Lehre bis zur Rente im selben Betrieb arbeiteten. Heute allerdings gehört es für viele Arbeitnehmer zur allgemeinen Erfahrung, im Erwerbsleben auch Zeiten der Arbeitslosigkeit und der prekären Beschäftigung zu haben. Wir Sozialdemokraten fordern hier staatliches Handeln, wir müssen die betroffenen Personengruppen auch rückwirkend bei der Rentenberechnung besserstellen. Und mit einem allgemeinen Mindestlohn dazu beitragen, dass prekäre Beschäftigung in Deutschland der Vergangenheit angehört und Altersarmut präventiv verhindert wird.

Ich bin in meinem Redebeitrag auch auf die **Rente mit 67** eingegangen. Wir hatten 2007 in der Großen Koalition der Rente mit 67 nur zugestimmt, wenn drei Jahre später durch eine Überprüfungs Klausel neu entschieden wird, ob die Arbeitsrealität die Anhebung des Renteneintrittsalters auch zulässt. Die Überprüfung steht dieses Jahr an, und wir Sozialdemokraten werden es nicht zulassen, dass aus der Anhebung des Renteneintrittsalters für die Betroffenen eine faktische Rentenkürzung wird.

Mein Team und ich wünschen Euch und Ihnen schöne Pfingsttage!

Mit freundlichen Grüßen